

N i e d e r s c h r i f t

über die 2. Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr der
Stadt Monheim am Rhein vom 26.11.2014
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum:	Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn:	17:03 Uhr
Ende:	21:03 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Kämmerin

Frau Sabine Noll

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Patrick Fuest

Frau Carina Häusler

Herr Tim Kögler

Herr Steffen Pawlik

Herr Holger Radenbach

Herr Max Riedel

Herr Lucas Risse

Frau Bianca Rosenstetter

Frau Vanessa Serve

Herr Marius Volgmann

Herr Christian Weiffen

Vertretung für Herrn Christian Weiffen bis Tagesordnungspunkt ö 10

Vertretung für Frau Bianca Rosenstetter bis Tagesordnungspunkt ö 10

ab Tagesordnungspunkt ö 10

Vertretung für Frau Monika Sikora

ab Tagesordnungspunkt ö 10

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Heinz-Jürgen Goldmann

Herr Markus Gronauer

Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Vertretung für Herr Thomas Heinen

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

ab Tagesordnungspunkt ö 11

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

Herr Manfred Hein

Herr Guido Krämer
Herr Michael Lobe
Frau Isabel Port
Herr Robert Ullrich
Herr Thomas Waters

Schriftführer

Herr Wolfgang Mansen

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Frau Monika Sikora

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Thomas Heinen

von der Verwaltung

Frau Kerstin Frey
Herr Henning Rothstein
Herr Oliver Wiesner

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung -öffentlicher Teil- IX/0198
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (1.Unterbrechung)
5. Neufassung der Sondernutzungssatzung der Stadt Monheim am Rhein IX/0061
6. Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2013" IX/0204
7. Satzung zur 6. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008" IX/0202

- | | | |
|-------|---|---------|
| 8. | Satzung zur 6. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" | IX/0203 |
| 9. | Bebauungsplan Nr.7M "Ladenzentrum Ernst-Reuter-Platz" - 6.Änderung
- Behandlung der Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen
- Satzungsbeschluss | IX/0213 |
| 10. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 64 B "Garather Weg"
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Zustimmung Durchführungsvertrag | IX/0180 |
| 10.1. | Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2.Unterbrechung) | |
| 11. | Bebauungsplan Nr. 140 M "Marienburg"
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss | IX/0182 |
| 12. | Winrich-von-Kniprode-Schule
- Neubau Klassentrakt und Mensa -
- Baubeschluss - | IX/0120 |
| 13. | Haushaltsplanung der Bereiche 60, 61 und 81 | IX/0184 |
| 14. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2014 "Prüfung der Freigabe aller Einbahnstraßen im Stadtgebiet für den Radverkehr in Gegenrichtung" | IX/0209 |
| 15. | Mündliche Mitteilungen | |
| 15.1. | Aufstellung des Regionalplanes | |
| 15.2. | Städtebaulicher Wettbewerb "St. Dionysius" | |
| 16. | Mündliche Anfragen | |
| 16.1. | Anfrage von Ratsherrn Gronauer -CDU- Einrichtung eines weiteren Nachtexpresses | |
| 16.2. | Anfrage von Ratsherrn Gronauer -CDU- Hotelneubau im Bereich des ehemaligen Shell-Geländes | |

SITZUNGSERGEBNIS:

Öffentliche Sitzung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, die anwesenden Vertreter der Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreter der Presse.

Er stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung - öffentlicher Teil- Vorlage: IX/0198

Die Ausführungsberichte werden zur Kenntnis genommen.

Zur Kenntnis genommen

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (1.Unterbrechung)

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass er die Sitzung für eine 2. Fragezeit um 18:00 Uhr oder nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes nochmals unterbrechen werde.

5 Neufassung der Sondernutzungssatzung der Stadt Monheim am Rhein Vorlage: IX/0061

Der Vertreter der Verwaltung führt zunächst die Gründe für die Neufassung der Satzung aus. Einerseits liegt eine neue Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes vor, andererseits nimmt die Satzung ein Projekt der Wirtschaftsförderung die Stadtmitte betreffend auf. Gastwirte in der Monheimer Innenstadt können demnach eine Gebührenbefreiung dafür erhalten, dass sie deren Außengastronomie nach den vorgegebenen Richtlinien der Wirtschaftsförderung gestalten.

Der Vertreter der PETO-Fraktion fragt, warum die Gebührenbefreiung sich nicht auch auf den Ernst-Reuter-Platz bezieht. Die Verwaltung antwortet, dass die Gebührenbefreiung sich im ersten Schritt auf den Hauptbereich der Besucherströme konzentriert. In einem zweiten Schritt könne über eine Erweiterung nachgedacht

werden.

Der Vertreter der CDU-Fraktion schlägt vor, das Einzugsgebiet der Gebührenbefreiung zu erweitern. Der Bürgermeister sagt eine Erweiterung der Satzung noch vor der Außengastronomiesaison 2015 zu.

Der Vertreter der SPD-Fraktion vermisst hinsichtlich der erlaubnisfreien Sondernutzungen eine Regelung im Zusammenhang mit Plakatierungen bei Wahlkämpfen. Der Bürgermeister erläutert, dass Probleme hier bei Kommunalwahlen bestehen können, jedoch durch Kontingente keine gerechte Lösung gefunden werden kann. Die Verwaltung rät daher von einer solchen Lösung ab.

Der Vertreter der CDU-Fraktion schlägt hier eine Selbstverpflichtung aller Parteien vor.

Die Möglichkeit der Kontrolle durch den KOD sollte stärker zur Anwendung kommen.

Seitens der SPD-Fraktion wird eine freiwillige Verpflichtung durchaus akzeptiert. Hinsichtlich der im öffentlichen Verkehrsraum aufgestellten Postkästen der Deutschen Post AG stelle sich die Frage, ob die Sondernutzungssatzung auf diese Kästen anzuwenden ist. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Der Vertreter der PETO-Fraktion hält eine verstärkte Kontrolle durch die Ordnungsbehörde für ausreichend.

Der Vorsitzende lässt nach Abschluss der Diskussion über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung

Die Neufassung der Sondernutzungssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Anlagen 1 (Gebührentarife) 2 (Richtlinie zur Gestaltung der Außengastronomie in der Stadt Monheim am Rhein) und 3 (Abgrenzungsbereich der Gestaltungsrichtlinie) der Satzung sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

6

Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2013" Vorlage: IX/0204

Der Vertreter der Verwaltung führt für die Tagesordnungspunkte 6 bis 8 einfühlend kurz die Gründe für die notwendigen Gebührenerhöhungen aus. Ausschlaggebend sind demnach im Wesentlichen anzurechnende Unterdeckungen aus Vorjahren. Bei der Entwässerungsgebühr sind zusätzliche Kosten durch Kanal-TV, Erhöhung der kalkulatorischen Kosten durch Investitionen in das Kanalnetz und der sinkende Verbrauch eines Großverbrauchers im Stadtgebiet, ausmachend rund 10 % des Gesamtverbrauchs.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 1. Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 7 **Satzung zur 6. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"**
Vorlage: IX/0202

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 6. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 8 **Satzung zur 6. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"**
Vorlage: IX/0203

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 6. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 9 Bebauungsplan Nr.7M "Ladenzentrum Ernst-Reuter-Platz" - 6.Änderung**
- Behandlung der Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen
- Satzungsbeschluss
Vorlage: IX/0213

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

- Die Anregungen aus der öffentlichen Beteiligung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen Nr. 5 zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 7M „Ladenzentrum Ernst-Reuter-Platz“ – 6. Änderung wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.

einstimmig zugestimmt

- 10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 64 B "Garather Weg"**
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Zustimmung Durchführungsvertrag
Vorlage: IX/0180

Die Verwaltung berichtet, dass eine zusätzliche Bürgerveranstaltung stattgefunden hat. Im Gegensatz zur bisherigen Planung werde die Zufahrt zur Tiefgarage im jetzigen Bebauungsplanentwurf über den Garather Weg erfolgen. Das Dachgeschoss wurde zurückgesetzt um die Massivität zu verringern.

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt, ob das Gebiet als reines Wohngebiet ausgewiesen werden könne, um die Möglichkeit der Ansiedlung von Arztpraxen, kleiner Handwerksbetriebe oder Speiselokalen auszuschließen.

Die Verwaltung antwortet, dass die theoretische Möglichkeit der Ansiedlung von gewerblichen Betrieben durch bestehende gesetzliche Regelungen eingegrenzt sei und die Ausweisung als WA-Gebiet nach der derzeitigen Gestaltung korrekt sei. Sollte das Gebiet als reines Wohngebiet ausgewiesen werden, könnten beispielsweise Freiberufler dort nicht ohne weiteres tätig werden.

Der Vertreter der SPD-Fraktion kann die Sorgen hinsichtlich der Möglichkeiten durch die Ausweisung als allgemeines Wohngebiet durchaus nachvollziehen, hält aber die Ansiedlung eines handwerklichen Betriebes mit Publikumsverkehr dort nicht für denkbar. Die Reduzierung der Massivität und die Änderung der Tiefgarageneinfahrt zum Garather Weg sei sehr positiv und eine besonders hervorzuhebende Leistung der Verwaltung. Die SPD-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, dass sich

dort ein Arzt niederlassen wolle. Aus Gründen der Verkehrssicherheit halte man die Tiefgaragenzufahrt auf dem Garather Weg für bedenklich. Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage nicht zu.

Der Bürgermeister antwortet, dass derzeit keine Kenntnisse über die Ansiedlung einer Arztpraxis vorliegen. Soweit eine solche jedoch alle gesetzlichen Voraussetzungen für eine Ansiedlung erfülle, werde diese auch im Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung zu genehmigen sein. Die verkehrliche Situation der Ausgestaltung der Tiefgaragenzufahrt sei vergleichbar mit der aller anderen Grundstückszufahrten auf dem Garather Weg.

Der Vertreter der PETO-Fraktion bewertet die vorgenommenen Änderungen positiv. Die Fraktion stimme der Vorlage zu.

Beschlussempfehlung

- Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Drucksache beschlossen.
- Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 64B „Garather Weg“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.
- Dem Durchführungsvertrag wird zugestimmt.

mehrheitlich zugestimmt

10.1 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2.Unterbrechung)

Der Vorsitzende ruft die 2. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

11 Bebauungsplan Nr. 140 M "Marienburg" **- Behandlung der Anregungen** **- Satzungsbeschluss** **Vorlage: IX/0182**

Die Verwaltung erläutert kurz den Stand der Dinge und zeigt eine erste architektonische Darstellung im Bild.

Der Vertreter der CDU-Fraktion unterstützt das Vorhaben und bittet die Verwaltung, die Politik in die Architektursprache auch weiterhin einzubinden. Der Vorlage stimme die Fraktion zu.

Der Vertreter der Verwaltung sagt die weitere Einbindung der Politik zu.

Der Sprecher der PETO-Fraktion begrüßt die gezeigte Vorentwurfsdarstellung. Die Fraktion stimme der Vorlage zu.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die von der Verwaltung vorgestellte erste Entwurfsdarstellung.

Beschlussempfehlung

- Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 140 M „Marienburg“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.

einstimmig zugestimmt

12

Winrich-von-Kniprode-Schule

- Neubau Klassentrakt und Mensa -

- Baubeschluss -

Vorlage: IX/0120

Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass durch die Architekten zwei Perspektivzeichnungen zur Verdeutlichung erstellt wurden und zeigt diese. Nach der Sonderbauverordnung sind in dem Baukörper zwei Rettungswege vorzusehen. Ein Treppenraum ist zur zentralen Erschließung vorgesehen, ein weiterer Treppenraum ist als reines Fluchttreppenhaus vorgesehen. Farblich solle sich die Fassade mit erdtonigen Farben an den Altbau anlehnen und aus keramischen Platten bestehen. Hinsichtlich des Fluchttreppenhauses sei auch eine Ausführung als transparente Stahlkonstruktion zwecks geringerer Massivität denkbar.

Der Vertreter der CDU-Fraktion bewertet die Funktionalität positiv, von außen sei die Architektur allerdings zu klotzig. Die Fraktion werde der Vorlage in dieser Form nicht zustimmen.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bevorzugt hier eine städtebauliche Dominante in Form einer ähnlich hohen Bebauung wie auf der gegenüberliegenden Straßenseite.

Für den Vertreter der SPD-Fraktion steht die Funktionalität des Gebäudes im Vordergrund. Dennoch sei die äußere Gestalt der Turnhallenoptik am Kreisverkehr verbesserungsfähig.

Der Vertreter der PETO-Fraktion erklärt, dass die Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Der Bürgermeister schlägt vor, die Veränderungswünsche aus der Sitzung mit dem Architekturbüro zu besprechen und zur Ratssitzung hierzu ein Ergebnis zu präsentieren. Aus dem Ausschuss ergeben hiergegen keine Bedenken.

Beschlussempfehlung

1. Der Neubau an der Winrich-von-Kniprode-Schule wird entsprechend der

Planung ausgeschrieben und realisiert.

2. Das Raumprogramm wird gegenüber der bisherigen Beschlusslage um einen weiteren OGS-Raum sowie einen entsprechend größeren Speiseraum ergänzt.
3. Die Finanzierung erfolgt über die im Finanzplan B zum Haushalt 2014 bereit gestellten Mittel in Höhe von 2.600.000 Euro (I7102.057) sowie für das erweiterte Raumprogramm weitere 470.000 Euro über den Finanzplan B zum Haushalt 2015.

mehrheitlich zugestimmt

13 Haushaltsplanung der Bereiche 60, 61 und 81 Vorlage: IX/0184

Der Vorsitzende schlägt verfahrenstechnisch vor, die vom Ausschuss zu beratenden Seiten des Haushaltsplanes produktweise aufzurufen. Da hiergegen keine Bedenken vorgetragen werden, wird entsprechend verfahren.

60.02 Stadtreinigung

Der Vertreter der SPD-Fraktion begrüßt die in der örtlichen Presse beschriebene Parktaschenreinigung auf der Friedenauer Straße und fragt, ob diese auch an weiteren Stellen im Stadtgebiet vorgenommen werde.

Der Vertreter der Verwaltung führt hierzu aus, dass es sich um eine Versuchsmaßnahme handelt, die bei Erfolg zukünftig auch in anderen Verkehrsbereichen durchgeführt werden solle.

60.04 Verkehrs- und Grünflächen

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt, ob die Pflege der Flächen durch Einstellungen beim Betriebshof oder durch Fremdvergabe erfolgen solle.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass die vorliegenden Zahlen für den Pflegebestand im Ist-Zustand gelten, eventuelle zusätzliche Übernahmen von Verkehrsflächen derzeit noch nicht berechnet werden können.

Der Vertreter der PETO-Fraktion beantragt die zusätzliche Aufnahme von € 80.000,- zur Verschönerung des gesamten Stadtbildes durch Grünpflanzen und Blumen.

Der Bürgermeister erläutert hinsichtlich der Frage des Vertreters der SPD-Fraktion, dass die räumliche Situation auf dem Betriebshof derzeit sehr beengt sei. Räumliche Optionen bestehen erst nach dem Standortwechsel des Betriebshofes. Es bestehe nach den aktuellen Erkenntnissen kein Grund Pflegeaufträge nicht auch an private Unternehmen zu vergeben. Hierbei handele es sich nicht um eine Privatisierung, sondern um zusätzliche Leistungen.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bewertet den Antrag der PETO-Fraktion positiv, schlägt aber vor, diesen und den schriftlich vorliegenden An-

trag seiner Fraktion zu verbinden.

Der Bürgermeister rät wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse von Workshops im Hinblick auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Dem Vertreter der CDU-Fraktion fehlt hinsichtlich des Antrages der PETO-Fraktion die Nachhaltigkeit. Die Fraktion werde sich hierzu enthalten.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt vor, den von der PETO-Fraktion vorgeschlagenen Betrag mit der Maßgabe in den Haushalt einzustellen, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung diesbezüglich ein Konzept vorlegen möge. Seine Fraktion werde dem zustimmen.

Nach Abschluss der Diskussion lässt der Vorsitzende über den Antrag der PETO-Fraktion mit folgendem Wortlaut entscheiden: Die PETO-Fraktion beantragt, einen Betrag in Höhe von weiteren € 80.000,- zur Verschönerung des Stadtbildes durch Grünpflanzen in den Haushalt für das Jahr 2015 aufzunehmen. Die Verwaltung möge diesbezüglich konzeptionelle Maßnahmen und Standorte zusammenstellen.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Der Vertreter der CDU-Fraktion schlägt vor, die Beitragssätze für Straßensanierungen auf die Langenfelder Sätze zu senken. Eine Beratung in der heutigen Sitzung sei nicht erforderlich, man wolle den anderen Fraktionen die Möglichkeit geben sich hierüber Gedanken zu machen.

Der Bürgermeister empfiehlt, diesen Punkt in der kommenden HAFI-Sitzung zu beraten, da dort bereits ein eigener Tagesordnungspunkt besteht und eine Anregung aus der Bürgerschaft vorliegt.

60.06 Bestattungen und Friedhöfe

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist auf den durch vermehrte Urnenbestattungen bekanntlich sinkenden Flächenverbrauch auf Friedhöfen und fragt in dem Zusammenhang, ob dies auch für Monheim am Rhein relevant sei.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass die Verwaltung dem Ausschuss in einer der kommenden Sitzungen in dieser Richtung eine Vorlage zukommen lassen werde.

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt, ob die Friedhofsgebühren derzeit noch kostendeckend seien. Dies wird von der Verwaltung bejaht.

60.08 Abfallbeseitigung

Der Vertreter der SPD-Fraktion trägt den Gedanken vor, den Grünschnitt auf Bestellung zu bestimmten Zeiten bei den Anwohnern abzuholen und verweist hier auf die Städte Köln und Heidelberg. Er stellt den Antrag, die Verwaltung möge prüfen, ob und unter welchen Bedingungen dies in Monheim am Rhein durchgeführt werden könne.

Die Verwaltung verweist auf die derzeitige geringe Nutzung der vorhandenen Biotonnen und die Möglichkeiten dieses Volumens.

Der Vertreter der SPD-Fraktion ergänzt hierzu, die Gartenabfälle zu meinen, die wegen des Umfangs nicht in die Biotonne passen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion erklärt dem Antrag zuzustimmen.

Der Bürgermeister verweist auf einen bereits vom Ausschuss abgelehnten Vorschlag der Verwaltung, auf dem Wertstoffhof eine Gebühr für die Abgabe des Grünschnittes zu erheben. Die Prüfung könne erneut zu diesem Vorschlag führen.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass man auch darüber nachdenken solle, auf dem Wertstoffhof die Annahme von Grünschnitt komplett einzustellen.

Nach Ende der Diskussion fasst der Vorsitzende den Prüfauftrag wie folgt zusammen und lässt darüber abstimmen: Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Grünabfallentsorgung zu Hause zu erarbeiten. Dem Prüfauftrag wird einstimmig zugestimmt.

60.09 Deich

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt nach dem Sachstand der Schutzwand auf der Rheinuferstraße.

Die Verwaltung antwortet, dass das Verfahren noch laufe. Der bereits skizzierte Zeitplan bleibe bestehen da die Planfeststellungsverfahren durch die Bezirksregierung noch abzuarbeiten sind.

Stadtplanung und Bauaufsicht

Der Vertreter der SPD-Fraktion bittet sicherzustellen, dass vor einem Ideenwettbewerb für das ehemalige Hauptschulgelände im Ausschuss eine Festlegung zu den Anforderungen an das Wohnraumangebot erfolgt.

Der Vertreter der Verwaltung sagt dies zu.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, wie weit das Entwicklungskonzept Rheinvorland vorangeschritten sei.

Die Verwaltung berichtet, dass im kommenden Jahr die Konzeptideen auf Umsetzbarkeit hin geprüft werden sollen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt, ob den Ratsmitgliedern das Geodatenportal zur Verfügung gestellt werden könne.

Die Verwaltung antwortet, dass die Ratsmitglieder das Portal seit einer Woche nutzen können und erläutert kurz verschiedene Anwendungen.

61.01 Stadtentwicklung

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert den dem Ausschuss vorliegenden schriftlichen Antrag auf Einstellung weiterer € 20.000,- in den Haushalt zur Durchführung von Workshops zur städtebaulichen Entwicklung. Der Schwerpunkt solle im Bereich Heinestraße, Berliner Ring, Friedrichstraße liegen.

Seitens der Verwaltung wird die bereits in der Vergangenheit kontrovers diskutierte Situation dargestellt. In dem Bereich sind insbesondere ungelöste Eigentumsfragen, unterschiedliche Höhenlagen und das hohe Verkehrsaufkommen auf dem Berliner Ring problematisch.

Der Bürgermeister schlägt vor, die Gespräche zur Heinestraße und der Postlie-

genschaft im kommenden Jahr fortzuführen. Die Durchführung eines Workshops sei auch ohne zusätzliche Finanzmittel mit den vorhandenen Geldern durchführbar.

Der Vertreter der SPD-Fraktion weist auf die Wichtigkeit der Reaktivierung des Kiosks unter der Unterführung hin. Auch sei die Beleuchtung im Aufgang zwischen Unterführung und Friedrichstraße verbesserungswürdig. Die Herstellung der Barrierefreiheit wie auf der Brandenburger Allee geschehen sollte im ganzen Berliner Viertel in Angriff genommen werden. Hier sei auch die LEG gefragt.

Der Vertreter der CDU-Fraktion regt an, sich die grundsätzliche Frage zu stellen, ob man nicht den Mut aufbringen wolle die bisherige Unterführung des Berliner Ring ebenerdig zu planen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass das Problem weniger in der baulichen Ausgestaltung, sondern eher in den Köpfen der Menschen und dem Angebot im Bereich Ernst-Reuter-Platz, Friedrichstraße liege. Durch Ansiedlung verschiedener Geschäfte und Einrichtungen sei hier bereits einiges gelungen, weitere Aufwertungen in den kommenden Jahren allerdings erforderlich.

Der Vertreter der PETO-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag auf zusätzliche Mittel zur Durchführung von Workshops nicht zustimmen werde.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass seine Fraktion mit dem Antrag die Absicht hatte in die Diskussion einzusteigen, was nach seiner Meinung bereits erfolgreich begonnen habe. Wenn dies auch ohne die zusätzlich beantragten Mittel möglich sei wäre dies auch gut. Nach der Zusage der Verwaltung, sich um die eigentumsrechtlichen Fragen im dortigen Bereich zu kümmern und genügend Mittel in den bestehenden Budgets zur Verfügung zu haben, ziehe seine Fraktion den Antrag zurück.

Investitionsmaßnahmen

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt bezüglich der Planung Hauptstraße, ob es vor den zu treffenden Beschlüssen eine weitere Bürgerbeteiligung gebe.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Beteiligung bereits stattgefunden hat und in die Planung eingeflossen ist. Eine weitere Bürgerbeteiligung sei nicht vorgesehen. Individuelle Fragen z.B. zu Grundstückseinfahrten werden in Einzelgesprächen mit Anwohnern geklärt.

Der Vertreter der SPD-Fraktion weist auf das fehlende Gutachten zur Verbindungsstraße Heide hin.

Die Verwaltung berichtet, dass das Gutachten zwischenzeitlich vorliege und dem Ausschuss in seiner kommenden Sitzung vorgestellt werde.

Der Vertreter der SPD-Fraktion erbittet von der Verwaltung zur MonChronik eine differenzierte Auflistung. Der Bürgermeister verweist auf die im Rat beschlossene detaillierte Vorlage hierzu.

Der Vorsitzende lässt nach Abschluss der Diskussion über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Online-Bürgerbeteiligung

Bezüglich der Online-Bürgerbeteiligung lässt der Vorsitzende darüber abstimmen,

ob dem Rat die Online-Bürgerbeteiligung zur Beratung mit dem Haushalt überwiesen wird.

Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2015 für die Bereiche -60- Bauwesen, -61- Stadtplanung und Bauaufsicht und -81- Städtische Betriebe- wird mit den in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen am 26.11.2014 beschlossenen Änderungen zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

mehrheitlich zugestimmt

- 14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2014 "Prüfung der Freigabe aller Einbahnstraßen im Stadtgebiet für den Radverkehr in Gegenrichtung"**
Vorlage: IX/0209

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert einführend den Antrag.

Der Vertreter der SPD-Fraktion erklärt den Antrag zu unterstützen. In diesem Zusammenhang sei das verstärkt ordnungswidrige Verhalten von Radfahrern zu bemängeln.

Nach Abschluss der Diskussion fasst der Vorsitzende folgenden Beschluss zusammen und lässt hierüber abstimmen:

Die Verwaltung überprüft im Rahmen des Radverkehrskonzeptes die Freigabe aller Einbahnstraßen im Stadtgebiet für den Radverkehr in Gegenrichtung.

einstimmig zugestimmt

- 15 Mündliche Mitteilungen**

- 15.1 Aufstellung des Regionalplanes**

Der Vertreter der Verwaltung berichtet kurz über die Neuaufstellung des Regionalplanes. Hierzu werde der Ausschuss in der kommenden Sitzung eine Beratungsvorlage erhalten.

- 15.2 Städtebaulicher Wettbewerb "St. Dionysius"**

Der Vertreter der Verwaltung berichtet kurz über den Stand zum städtebaulichen Wettbewerb „St. Dionysius“. Anfang des Jahres 2015 solle das komplexe Verfahren begonnen werden. Ziel sei eine weitere Innenverdichtung und die Klärung wie mit den Denkmälern umzugehen sei.

Auf Rückfrage des Vertreters der SPD-Fraktion, ob hier ein einheitlicher Bebauungsplan oder mehrere zusammenhängende Bebauungspläne zu erwarten sind antwortet der Vertreter der Verwaltung, dass dies abhängig sei von der Geschwindigkeit der einzelnen Eigentümer.

16 Mündliche Anfragen

16.1 Anfrage von Ratsherrn Gronauer -CDU- Einrichtung eines weiteren Nacht-expresses

Ratsherr Gronauer habe durch den Kreis Mettmann Kenntnis darüber erlangt, dass die Stadt Monheim am Rhein plane einen weiteren Nachtexpress einzurichten und bitte diesbezüglich um Information.

Der Bürgermeister teilt in Beantwortung der Anfrage mit, dass der Aufsichtsrat der MVV beschlossen hat die BSM zu beauftragen das entsprechende Genehmigungsverfahren einzuleiten.

16.2 Anfrage von Ratsherrn Gronauer -CDU- Hotelneubau im Bereich des ehemaligen Shell-Geländes

Ratsherr Gronauer fragt hinsichtlich des Neubaus eines Hotels auf dem ehemaligen Shell-Gelände wer die Gesamtplanung mit den angrenzenden Flächen hat. Der CDU-Fraktion sei daran gelegen, dass die Planungen koordiniert werden.

Der Bürgermeister berichtet, dass im Rahmen der Bebauungspläne gebaut werden soll. Hier sei es Sache des Grundstückseigentümers plangemäß zu handeln. Einer weiteren Diskussion bedürfe es nicht. Das was dort entwickelt werde stehe im Einklang mit der Umgebung und werde der Öffentlichkeit zu gegebener Zeit vorgestellt werden.

Tim Kögler
Ausschussvorsitzende/r

Wolfgang Mansen
Schriftführer/in